

Erhöhter Inhalt
nachhaltig und
bei Sonn- und Feiertagen.

Abonnementpreis
monatlich 60
vierteljährlich 1,50 Mk.
pro Annonce, frei von Post.
Preis bei Post bezug
1,00 Mk. inkl. Postgeb.

Die "Neue Welt"
(Anzeigenschein),
durch die Post nicht beizubehalten,
kann monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Einlagenamt-Haus:
Wohlfahrt 24/25a.



Anzeigengebühr
besteht für die 8 Spalten
Pfeilschrift über den Raum
20 Pfennig.
Die ansonstigen Anzeigen
80 Pfennig.
Im rabattierten Satz
kann bei Satz 75 Pfennig.

Inserate
für die 8 Spalten
müssen spätestens am
Vortage des 10 Uhr der
Expedition aufgegeben
sein.

Einlagen in die
Postanstalt.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Halle-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Triebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Wehret den Kriegsheimern!

Millionen von Deutschen zeigen in diesen Tagen für den verkommenen Gallon Jappelleser für den begnadigten Hauptmann von Rippenitz größeres Interesse als für die wichtigste Frage, die es zurzeit gibt, für die Frage des friedlichen Einverständnisses zwischen Deutschland und England. Auf beiden Seiten sind Kriegsheimern an der Arbeit. Der Unterschied zwischen beiden Ländern besteht darin, daß in England mehrere Minister öffentlich in der Presse oder in großen Versammlungen erklärt haben, daß England einen Krieg nicht wolle, während in Deutschland die Regierung sich ausschweigt. In England regieren allerdings die Minister das Land; in Deutschland dagegen sind die Minister nur das, was ihr aus der lateinischen Sprache hamdender Titel folgt, nämlich die Östereingeren, die Dienenden. Sie dienen ihren Fürsten, im Reich den Kaiser. — In England wird dem König vom Minister erklärt, welche Ziele dieser zu erreichen beabsichtigt, und der König führt sie. Im Deutschen Reich schreibt der Kaiser dem Minister vor, welche Bahnen dieser zu wandeln hat, und der Minister er folgt sich.

stehen, daß die Taten der Regierungen eine gewisse Uebereinstimmung mit ihren Worten zeigen!

Das große Londoner Blatt, das trotz der Entschiedenheit seiner radikalen Gesinnung recht nahe Beziehungen zu seiner Regierung unterhält, wirft in der Zeit die entscheidende Frage auf: Welche Waffen besitzt die Demokratie, um die Regierungen zu zwingen? Die Antwort läge nahe genug: In England alle, in Deutschland keine. England ist ein demokratisch-parlamentarisch regierter Staat, Deutschland ein absolutistischer Militärsaat. Aber, möchten wir hinzufügen, wo letzte Schicksalfragen der Nationen zur Entscheidung stehen, kann es auf bloße Verfassungskonventionen nicht ankommen, sondern hier sind es große innere Machtfragen, die sich entscheiden müssen. Und darum stehen wir, das deutsche Volk, die sich entschließen. Und darum stehen wir, die mächtigen selbstbewußten Engländern doch nicht so nach und hilflos gegenüber, wie es auf den ersten Blick eine Scheinmüße. Nicht nur in England sondern schließlich auch in Deutschland kann Kriegspolitik nicht getrieben werden, wenn sich ihr der entschlossene Wille des Volkes mit zusammengefloßenen Jähnen entgegenkommt. Es mächtig ist kein Monarch und keine Dynastie, daß sie gescheitert aus einem Kriege zurückkehren dürften, den das Volk nicht gewollt hat. Sollte sich aber zeigen, daß die Demokratie in Deutschland keine Waffen hat, die Regierung zu zwingen, so wird die Demokratie in England die Regierung zu den Waffen zwingen.

deutend gestiegen ist, so hat es doch den Anschein, als ob die geachteten Güterpreise teilweise bereits über den wirklichen Ertragswert der Güter hinausgegangen. — Die Güterpreise sind nicht infolge der durchgeführten Restorationen sondern hauptsächlich infolge der agrarischen Politik gestiegen. Die erhöhten Preise auf Getreide und Vieh sind die Ursachen der Preissteigerung. Eingelassen wird, daß die Verkäufer wohlhabender geworden sind und nun größere Güter kaufen. Die "Not der Landwirte" ist also ein großer Scheinbild gewesen. Daß jetzt Preise für Güter gestiegen werden, die über den Ertragswert der Güter hinausgehen, ist richtig. Diese Käufer werden bestimmt in den nächsten Jahren nach höheren Preisen schreien, und sich als "Notleidende" hinstellen, was folgend beweist, daß die agrarische Politik eine Schraube ohne Ende ist. Bei Beratung der Wucherer sagen die Agrarier, es müsse erreicht werden, daß die Güter im Besitze der Familien bleiben, die sie besitzen, und das könne nur durch Erhöhung der Preise erreicht werden. Jetzt wird als Folge der Jollerhöhung angefordert, daß die Verkäufer ihre "väterliche Sufe" verlassen.

Aur in a r tigt sich.
Der man in vorer Woche der Schaßplaner des Britischen Reichs, Lloyd George, nach Berlin gekommen, um die durch Kriegsheimern erzeugte Spannung zwischen beiden Ländern zu beiseitigen. Aber nach kaum zwoiegtigem Aufenthalt in Berlin ist George am Sonnabend nach London zurückgekehrt.

Er verließ die deutsche Reichshauptstadt niedergeschlagen und entmutigt; denn dort erwartet ihn der schadenfrohe Chor der konservativen Kriegsheimern, die schon vor der Reise des liberalen Ministers verkündeten, daß jeder Versuch, mit dem deutschen Reich zu einer Verständigung zu gelangen, zwecklos sei. Was soll Herr Lloyd George ihnen antworten? Er kann hoffnungslos erklären, daß er doch nach Deutschland gegangen sei, um (in zwei Tagen) die deutsche Alters- und Invaliditätsversicherung zu studieren, und er wird damit doch nur sagen, daß seine wirkliche Mission in Berlin gescheitert ist. Alle Welt weiß, daß der englische Schaßplaner nach Berlin kam in der besten Hoffnung, er werde hier von maßgebender Stelle hören, daß Deutschland eine Erweiterung von Rüstungsfragen nicht mehr so abgemagt sei wie in den Tagen der zweiten Kaiser-Konferenz. Herr Lloyd George bekam aber in Berlin wieder nichts zu hören als ein preussisches Militärlager gelegentlich eines Besesses im Zoologischen Garten und einige Vorträge über die Vortrefflichkeit der deutschen Arbeiterversicherung, die demzufolge Variationen zu dem beliebten Thema "Deutschland in der Welt voran!" Dazu aber war der englische Staatsmann nicht nach Berlin gekommen, und es klingt wie Hohn, wenn der offiziöse inspierte La q a dem mit leeren Händen Heimkehrer diese Mißverständnisse auf den Weg gibt:

Inferre Freunde in England kennen den Ernst der Lage und sie kommen zu uns, um die alte Garde der europäischen Armee des Friedens und der Freiheit, um das deutsche Proletariat in die Reihen zu rufen. In einer Berliner Arbeiterversammlung, die am 20. September stattfanden wird, werden zwanigzig Deputierte des englischen Proletariats eine Friedensadresse an das arbeitende Volk Deutschlands überreichen, die von 50 Deputierten und 2000 anderen Vertretern der englischen Arbeiterschaft unterschrieben ist. Es kennzeichnet die Unwissenheit und das tiefste Verfall unserer allwissenden Presse, wenn sie dieses bedeutungsvolle Ereignis, das zweifellos seine Schatten auch auf die Nürnberger Parteitagssache vorauswerfen wird, mit ironisch sein mollenen Kommentaren dieser Art einleitet: "Nadurch dürfte der Weltfrieden gesichert sein!" Nun wird ja das deutsch-englische Verhältnis sicherlich in schönste Ordnung kommen." Weiterhin mit solchen Bemerkungen gefagt sein soll, daß das arbeitende Volk Deutschlands nur dazu da sei, willenslos zu zahlen und zu klauen, kommt weitgehend die Gesinnung dieser Herren treffend zum Ausdruck. Aber als "Realpolitiker", die sie ja sein wollen, müßten sie eigentlich bedenken, daß die englischen Arbeiter das nicht sind, was die deutschen Arbeiter ihren Wünschen nach sein sollen. Jeber, der die Entwicklung der parteipolitischen Verhältnisse Englands mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt, muß damit rechnen, daß die englische Arbeiterpartei in wenigen Jahren vollständig in der Lage sein wird, über Krieg und Frieden in Europa zu entscheiden. Von dem Besuch der englischen Arbeiter in Berlin wird es zum guten Teille abhängen, ob das englische Proletariat die optimistische Auffassung Herrn Garbets und Wadonabts teilen wird, die von den deutschen Kameraden eine in diesem Unterstühung der Friedenspolitik erwarten, oder ob es sich zu Grundmann und Wadsworths unheilvoller Anschauung bekehrt, die kein anderes Ende mehr sieht als nur noch ein Ende mit Schreden und die darum die Räkter Westeuropas anruft zum Schutze ihrer Kultur und ihrer bürgerlichen Freiheiten vor der hohenzollernischen Gefahr.

Es bleibt bei der Geheimnisträumerei.
Die Nordd. Allg. Ztg. sagt in ihrem Wochenüberblick:
Verschiedene Zeitungen haben ausgeführt, daß es unmöglich wäre, eine eingehende und sachgemäße Diskussion der Finanzreform herbeizuführen, solange nicht die Regierung ihrerseits die einzelnen Steuerprojekte veröffentlicht hätte. Der Standpunkt der Regierung, diese Projekte erst, nachdem sie den Bundesrat gelangt sind, zur Veröffentlichung zu bringen, findet im allgemeinen die Zustimmung der Presse; aber, so wird entgegnet, solange nicht mehr auch die Debatte über die Finanzreform ausgeführt werden. Dem können wir in keiner Weise zustimmen. Wenn die neue Finanzreform nicht weiter entwirrt, als einige neue Steuererlöse, so würde der Standpunkt gerechtfertigt sein, wenn sie festerer Einmütigkeit von der Regierung verlangt worden und von der Regierung ihrerseits auch geplant, sich bei der Vorlage eines neuen Gesetzes über die Finanzreform nicht auf die Erhöhung der Einnahmen durch einige neue Steuerquellen zu beschränken, sondern eine erschöpfende Neuregelung unserer gesamten Reichseinnahmen in materieller und formeller Hinsicht, insbesondere auch hinsichtlich der Beschränkung und Tilgung der Schulden herbeizuführen. Zur Vorbereitung einer solchen Neuregelung aber ist in erster Linie die Erkenntnis der Schäden notwendig, an denen das deutsche Finanzwesen krank, und wenn die Presse sich eingehend damit beschäftigt, so muß dies als die beste Vorbereitung für eine groß angelegte Reichsfinanzreform erscheinen. In der Zeit ist die Frage der materiellen und formellen Neuregelung der Finanzen vom staatlichen und allgemeinen politischen Standpunkt aus unendlich viel wichtiger, als die Betrachtung einer einzelnen Steuererlöse.

Nachdem der britische Schaßplaner Mr. Lloyd George während seines zwiegtägigen Aufenthaltes in der Reichshauptstadt Gelegenheit gehabt hat, alle für die deutsche Alters- und Invaliditätsversicherung einschlägigen Institutionen eingehend in Augenschein zu nehmen und eine Fülle von wertvollem Material in seine Heimat mitzunehmen, begibt er sich heute abend über Hamburg nach England zurück. Wie wir zweifellos erfahren, ist es im Verlaufe seines Besuchs mit dem liberalen deutschen Stellen zu seinerlei Besprechungen über eine deutsch-englische Verständigung in Sachen des Rentenbaus gekommen. Der englische Staatsmann ist mit keinem Vorhange gegenwärtig her hervorgetreten; nach viel weniger ist von deutscher Seite eine Anregung zu einem Gebührensatz über diese Frage ausgegangen.

Es geht also mit dem Besuch des englischen Ministers genau so wie mit der Unterredung von Stromberg, die gleichfalls zur tiefen Enttäuschung der englischen Liberalen Resultate lief, oder doch einige Hoffnungen zu erwecken schien, die nur endlich gestirbt sind. Schon damals ließ es in der liberalen englischen Presse mit bitterer Ironie, der Kaiser und der König seien vollständig einig, denn sie seien beide entschlossen, tolle Schiffe zu bauen, wo ihre Kriegsschiffe nur immer verlangten. Für England bedeutet das nicht mehr und nicht weniger als die Unterwerfung der liberalen Regierung unter die Rüstungspolitik der Konföderation — erzwungen durch die unerbittliche Sachhörigkeit Deutschlands.

Das Berliner und das deutsche Proletariat wird die Friedenshüter der englischen Arbeiterschaft nicht so heimlichen wie die deutsche Regierung den Repräsentanten des englischen Rüstungsgeheimnisses, Lloyd George. Auch jene kommen nicht bloß um Worte zu hören, sondern um Taten zu sehen, und sie wollen die Verhöhnung mit nach Hause nehmen, doch nicht bloß die englische sondern auch die deutsche Arbeiterdemokratie. "Waffen besitzt, um die Regierung zu zwingen". So verweist der bevorstehende Besuch der Engländer die deutsche Arbeiterklasse auf wichtige und verantwortungsvolle Aufgaben, sich der wichtigsten und verantwortungsvollen Aufgaben, die sie in diesem Augenblick zu erfüllen hat.

Demnach handelt es sich um eine Reform an Haupt und Gliedern. Gerade deshalb aber ist zu verlangen, daß die Regierung endlich einmal mit der hochst nicht gerechtfertigten Geheimnisträumerei bricht. Hat der Bundesrat einmal Stellung genommen, so läßt sich nicht mehr viel ändern. Eine Erweiterung in der Presse muß vorher erfolgen können, wenn sie Erfolg haben soll. Der wahre Grund für die Geheimnisträumerei ist nur der, die Regierung muß sich fürchten, ihre Pläne der Öffentlichkeit zu übergeben. Sie stellt das Volk vor eine vollendete Tatsache und glaubt an diese Weise, ihr Ziel am sichersten zu erreichen.

Vor der Reise Lloyd Georges schreiben die radikalen Daily News:
Wir glauben nicht, daß die Hilfsmittel der Diplomatie erschöpft sind, solange wir Deutschland nicht vorgeschlagen haben, gegen Zusagebindnisse untereinander auf dem Gebiete des Raperrechts sein Schiffbauprogramm abzugeben. Aber wenn die beiden Regierungen ihre Verhandlungen erschöpft hätten und ihnen keine Wahl bliebe als den bedauerlichen Rüstungsvoranschlag, dann, meinen wir, würde für beide Völker die Zeit gekommen sein, sich zur schlüssigsten Lösung zu entschließen. Ist der Krieg Jindes das ganze, so müssen wir diesen Vorhange besterben. Wenn aber ungeteilt sind, dann, im Rahmen der gesunden Vernunft, sind wir verpflichtet, dem Rüstungsbedürfnis Einhalt zu gebieten. Einiges mag zu allererst durch Restorationsarbeiten im ganzen Lande erreicht werden; und wenn dieses Beispiel in Deutschland befolgt wird, so werden wir einiges Material zur Beantwortung der Frage gewinnen, welche Waffen die Demokratie besitzt, um die Regierungen zu zwingen. Von friedlichen Mitteln haben wir genug gehört. Es ist Zeit, darauf zu be-

Tagesgeschichte.

Der Himmel segnet den agrarischen Raubzug.
Die agrarische Othpreussische Ztg. schreibt: Die Güterpreise in Ostpreußen haben auch im letzten Jahre trotz der unglücklichen Ernteverhältnisse und des regenfeuchten Sommers 1907 im allgemeinen ihre steigende Tendenz beibehalten. Daraus begünstigt, hat ein recht lebhafter Wettbewerb in der Provinz stattgefunden und manches Gut, das seit Jahrzehnten bereits in einer Familie war, hat einen neuen Besitzer erhalten. In Gegenden, in denen der kleine Besitzer vorherrscht, wie z. B. im Ermlande, findet man oft, daß der Bauer seine Bestung, auf der sein Vater und Großvater gewirtschaftet haben und wohlhabend geworden sind, verkauft, um ein größeres Gut zu erwerben. Wenn allerdings auch in der Provinz Ostpreußen gerade in der letzten Zeit (im letzten Jahres) der tatsächliche Wert des Bodens durch die überall durchgeführten Restorationen nicht un-

Wit vollkommener Verständnisslosigkeit
sehen auch führende bürgerliche Mäppter der Frage des Weltfriedens gegenüber. So ermuntert die freisinnige Wost. Ztg. England zum laufigen Flottenbau und hält denselben für ganz berechtigt. Das Blatt schreibt wörtlich:

Es heißt, England muß nach seiner geographischen und politischen Lage eine Kriegsmarine unterhalten, die den vereinigtsten Flotten zweier anderer Mäppter nicht nur gewachsen sondern überlegen ist, und wenn Deutschland weitere Schiffe baut, wird England zu Ausgaben genötigt, die es nicht zu tragen vermag. Mit Verlaß, das britische Volk ist das reichste der Welt, viel reicher als das deutsche, und es sollte nicht imstande sein, für jedes neue deutsche Kriegsschiff zwei oder drei auf Stapel zu legen ohne seine Reichte zu erschöpfen! ... Deutschland erkennt durchaus an, daß das Inselreich seine Flotte auf der Höhe der Reifungshöhe erhalten muß. Man kann für jedes Schiff haben zwei oder drei Schiffe bauen, wir werden es verstehen und es mit nichten als Drohung betrachten. Aber ebenso sollte man in England verstehen, daß der Ausbau der deutschen Flotte sich in nichts gegen das Inselreich richtet. Es darf auch angenommen werden, daß es weder der britischen Regierung noch der Mehrheit des britischen Volkes an dieser Erkenntnis mangelt. Und deshalb gehört die amtliche Anregung zur Verlangsamung des deutschen Flottenbaus der Phantastie an.
Daß sich die freisinnige Presse Deutschlands dazu hergibt, den Wahnsinn des Wettrennens auf solche Weise zu verdeulichen und angeht, des Zusammenbruchs der deutschen Reichsfinanzen England die Uebernahme doppelt und dreifach schwerer Marinelasten vorzuschlagen, muß den Engländern zeigen, daß für die Sache des Fortschritts von dem politischen verdrängten deutschen Bürgertum nichts mehr zu erwarten ist.

Wahlberechtigung. Wegen politischer Arbeitervereine in Oberhessen ist ein Strafverfahren wegen Verstoßes eingeleitet worden. Die allseitige Presse hat große Enthüllungen über das staatsgefährliche Treiben der Großpolen. Wählervereine hat die Polizei in ihrem tödlichen Eifer wieder einmal handengegriffen.

Wegen Mißhandlung von Intergeheimen hatte sich vor dem Kriegsgericht in Glogau der Dirigent der Kapelle des 10. Inf. Reg. in Glogau, der Stabsarzt W. Baßler, zu verantworten. Das Gericht hielt nur vorchriftsmäßige Behandlung von Intergeheimen (Militärkünstlern) für vorliegend und hielt 100 Rthlr für erzwungen. Der Angeklagte wurde mit vier Wochen Gefängnis und Arrest bestraft.

Ausland.

Frankreich. Die Polizei nahm in Villeneuve im Zusammenhang mit den letzten Streikaktionen übermals zwei Verhaftungen vor, und zwar handelt es sich um einen Ausländer und die Frau eines Arbeiters.

Dem Sultan zufolge bestätigt sich das Gerücht von der Gefangennahme des Sultans Abdul Mis in den Gefesseln bei Marralesch nicht, vielmehr soll der Sultan in Seltat eingedrückt sein.

Türkei. Der Generaldirektor des türkischen Posten und Telegraphen, Halil Bey erklärte, die erforderlichen Umgestaltungen dieser beiden Departements werde wegen der Verzögerung, die in ihnen herrsche, einige Zeit erfordern. Die Arbeit, das Rechnungswesen, die Maschinen, die telegraphischen Einrichtungen — alles dies befindet sich in einem kläglichen Zustande. Außerdem sei eine gründliche Säuberung des Personals unerlässlich. Der Dienst der Posten und Telegraphen würde sich übrigens trotzdem in befriedigender Weise ab, da das größte Hemmnis der Verzögerung, das Spionennetz und die Zensur, seit der Wiederherstellung der Verfassung beseitigt ist. — Innerhalb der wenigen Wochen des neuen Regimes ist eine sehr bedeutende Steigerung der Staatsmaßnahmen im Bereiche der Post- und Telephonverwaltung sowie im Telegraphendepartement zu verzeichnen.

Zur Würdigung dieser Ausstellungen muß man berücksichtigen, daß es beinahe ausschließlich außer der türkischen Post gibt, die heutzutage eine tüchtige und eine russische Postarbeiten. Man denke in Berlin gerade es außer unserer Reichspost noch eine türkische, die mit eigenen Marken Briefe und Pakete nach aller Herren Länder versendet.

Unter großem Beifall, der eine Demonstration bezeugte, ist am Freitag in Konstantinopel das Drama *Watan* (Vaterland) aufgeführt worden. Verfasser ist der türkische Dichter Kamel Bey, dessen Werke bisher samt und sonders in der Türkei verboten waren.

An geschlossenem Gute hat der verhaftete frühere Marine-Minister Rami Pascha 1 600 000 Mark und seine großen Landbesitzungen an den Darstellern herausdrücken müssen. — Von den bisherigen dreißigbüchigen persischen Adjutanten des Sultans sind 20 entlassen und nur 30 behalten worden.

Italien. In Langer ist die Meldung eingetroffen, daß die Mafassa des Sultans Abdul Mis 50 Kilometer vor Marralesch durch El Glau vollkommen geschlagen worden ist. Der Sultan selbst ist entkommen. In dem noch zu Langer gehörenden Gebiete am roten Berg hat ein Zusammenstoß zwischen einer Expedition des Sultans und einer Expedition aus Androsen-Geiten gebildet Mafassa stattgefunden. Die Soldaten des Sultans sind zum Feinde übergegangen.

Perth. Sata Khan hat den Hof bei der Unterwerfung von Sibirien anfangs früheren Kriegsminister An de Dauch mit einigen hundert Reitern umgibt und gefangen genommen. In Sibirien herrscht völlige Ruhe. Die Revolutionäre erhalten fortgesetzt Verstärkungen aus dem Kaukasus.

Anträge zum Parteitag in Nürnberg.

Parlamentarisches.

Hamburg III. Bezirk Eilbek.
Der Parteitag erklärt sich in Lebensversicherung mit dem Beschlusse des Parteitages zu München 1902 — für die staatliche Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung aller Schichten der lohnarbeitenden Bevölkerung. Er unterzieht sich auch die lebensversicherungsrechtlichen Bestimmungen der Privatangehörigen als auch die lebensversicherungsrechtlichen Bestimmungen der heutigen Invalidenversicherungsgesetzes sind für ungenügend, daß davon der Arbeiter ebensowenig profitieren kann als die Privatangehörigen.

Der Parteitag protestiert daher gegen den in der Denkschrift. betreffend die Lebens- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangehörigen, vom Reichstag des Innern genehmigten Plan, die Arbeiterkraft von einer angemessenen Verbesserung der staatlichen Versicherung auszuscheiden und sie lediglich den Privatangehörigen zu gute kommen zu lassen. Die Leistungen des heutigen Invalidenversicherungsgesetzes sind für ungenügend, daß davon der Arbeiter ebensowenig profitieren kann als die Privatangehörigen.

Eine Sonderbestimmung der Privatangehörigen — wie sie vom Reichstag des Innern vorgeschlagen wird — würde nicht nur die Arbeiter ausschließen, sondern, da der Begriff „Privatangehöriger“ keineswegs feststeht, auch weite Kreise der Arbeiterbevölkerung in die Gefahr bringen, nicht in die Lebensversicherung aufgenommen zu werden. Daher und aus anderen für die Angehörigen sehr wichtigen Gründen beruht auf ein großer Teil der Privatangehörigen das System der Sonderversicherung. Sie fordern eine ausdehnende Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung im Rahmen des Invalidenversicherungsgesetzes durch höhere Beiträge der Lohn- und Beitragsklassen.

In Lebensversicherung hiermit richtet der Parteitag — unbeschadet seines grundsätzlichen Standpunktes, daß zur Aufbringung der erforderlichen Mittel alle Klassen der Bevölkerung durch direkte Steuern heranzuziehen sind — an die Gesetzgebung durch die bringende Erklärung, diese Mittel seien sämtlich durch den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes und zwar so zu erfüllen, daß die Berufsart an sich nicht zum Anlaß genommen werden darf, irgendeine Kategorie der Versicherten zu Benachteiligung und Erleichterung der Beiträge zu verurteilen. Grundsätzlich der Festlegung des Invalidenversicherungsgesetzes ist die bisherige Tätigkeit der Arbeiter zu berücksichtigen. Den Versicherten ist das Recht der Selbstverwaltung zu gewähren.

Frankfurt a. M. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, bei der Beratung der Novellen zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Zivilprozedurordnung zu beantragen, daß auch für die Zivilabteilungen und Kammern der Amts- und Landgerichte Seiten zur Mitbestimmung hinzugezogen werden.

Berlin II. Die Reichstagsfraktion zu ersuchen, im Reichstag erneut einen Antrag zu stellen.

gegen die den Rittmännern gewährte Konkurrenz der Militärkapellen, weil durch das Spielen derselben die Rittmänner in ihrem Erwerb beeinträchtigt werden.

Köthenburg a. E. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, baldigst einen Antrag einzubringen, nach welchem die

einzelnen Satzungen des Kantenerwerbungsgesetzes betreffend den arbeitsfähigen Personen, bis hinab zu den Kindern, bei der Festsetzung des Alters nicht nur der Verdienst der gewöhnlichen Arbeiter, sondern auch der durchschnittliche Verdienst der gewöhnlichen (gelehrten) Arbeiter berücksichtigt werden soll.

Ulm. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Ulm-Wesolom-Stein. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Sorau-Forst. Die Generalversammlung des Wahlkreises Sorau-Forst beruht die Zustimmung unserer süddeutschen Landtagsabgeordneten zum Gesetzentwurf des bayerischen und böhmerischen Landtagsfraktion ein Disziplinär und erachtet von dem Nürnberg Parteitag, daß derselbe in ganz entschiedener Weise dazu Stellung nimmt.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Berlin III. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

Wahlberechtigung zu tragen haben, sollen gemeinsam die Rechte tragen.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

St. Gallen. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Kantenerwerbungs der Landarbeiter herabgesetzt wird.

— Neben des Kasseler Gewerkschaftshaus hatte ein antisemitisches Blatt Lebenszeit, es sei barmherzig, die ausführende Baufirma und die Baubauwerke würden ihr Geld verlieren. Demgegenüber stellt das Volksblatt fest: 1. Als der Errichtung des Gewerkschaftshauses näher getreten worden ist, wurde die Befreiung von Hypotheken, ohne die an den Bau natürlich nicht hätte gedacht werden können, fest beschlossen; 2. insofern der immer stärker eingehende Skandal wurden die gemachten Verzögerungen auf Geldbeschaffung nicht gehalten; 3. die Folge davon war, daß statt der in normalen Zeiten üblichen mäßigen Hypothekenergänzung für Baugelber zeitweise bis zu annähernd 10 Prozent Zinsen gezahlt werden mußten; 4. insofern der kaum je autor mit solcher Fertigkeit aufgetretenen Skandal sind Kaufleute von Geschäftskreisen ruiniert worden; 5. Banken sind verkränkt oder müde, um den Zusammenbruch zu verhüten, zu Funktionen sich bereit finden. — Wenn es nun in solcher Situation den Vorstehen der Genossenschaft Solidarität in Gemeinschaft mit dem Anführer gelangen ist, das große, in normalen Verhältnissen sicher rentable Unternehmern zu halten und dadurch die Geschäftskreise und Baubauwerke vor größeren Verlusten zu bewahren, so sollte das jeder verständliche Mensch anerkennen. Das Antisemitblatt, das sich lächerlicherweise als Freund des Mittelstandes aufstellt, hat in seinen keinen schändlicheren Beweis, als den, daß die Genossenschaft Solidarität falliert, obwohl dann eintritt, was die Arbeiterklasse gern verdrücken will; eine Schädigung nicht nur der Genossenschaftsmitglieder sondern auch schwere Verluste verschiedener Geschäftskreise.

— Die sozialdemokratischen Frauen Nürnberg loben in einer sehr bescheidenen Verammlung eine für die Agitation wertvollen Beschluß gefaßt. Die Stadt Nürnberg ist durch den Sozialdemokratischen Verein in 108 Agitationsbezirke eingeteilt, an deren Spitze je ein Bezirkskomitee steht. Diesen 108 Bezirkskomitees soll nun je eine Genossin an die Spitze gegeben werden. Ihr liegt neben der Agitation unter den Frauen für Partei und Gewerkschaft die Aufführungsarbeit über die Bedeutung der Arbeiterpresse ob. Die dauernde Bearbeitung der Arbeiterfrauen eines bestimmten Bezirks durch eine tüchtige Genossin muß mit der Zeit von Erfolg sein, und die Arbeit wird bedeutend erleichtert durch den Umstand, daß die Bezirksführerin nach und nach mit ihrem Bezirk ganz und gar vertraut wird. Die Genossin Nürnberg wurde zur Parteitage-frauenkonferenz delegiert.

— Eine Generalversammlung der Sozialdemokratischen Vereine von Groß-Berlin beschloß sich gestern mit der Frage der Subjektbeihilfung. Rosenfeld schlug als Referent eine Resolution vor, die eine Zustimmung zum Budget nur dann zu lassen wolle, wenn das Budget wichtige Punkte unseres Programms erfüllt und Gewähr für die demokratische Durchführung gegeben sei. Dr. Bernstein schlug eine andere Fassung vor. Strödel, Grünwald und Schulz befürworteten die Streichung des letzten Absatzes der Budget Resolution. — Die Verammlung konnte nicht zu Ende geführt werden.

Polizeibüro und Gerichten.

§ 311 Absatz 1 des gegen Ausländer geltende die Hauptbestimmung ist auf Weisen gegen Streifen vor. Am Anfang eines Streifen in der Brodruher Glasfabrik verbot sie für die Zeit von abends 8 bis morgens 7 Uhr das Streifenhüten; ferner „von Einbruch der Dunkelheit an bis morgens 6 Uhr ist jedes gewalttätige Streifenhüten“ auf der Straße und in der Nähe des Bahnhofs verboten; endlich muß den Straßenanwohnern unter Androhung von 150 Mark Geldstrafe oder Haft bis zu 14 Tagen gelagt, sie müssen, wenn im Streifenhüten „Anwohnern“ stattfinden, sofort die Fenster schließen. — Bei allem hat die Polizei keinerlei Zulassen zwischen Streifen und Arbeitswilligen sich erzeigt, und so stellt den Anwohnern selbst der Schein einer Begründung. Die Streifenkreiser laufen mit Weilen und Revolvern besetzt auf den Straßen herum!

Genossenschaftlicher Redakteur: Oscar Bräutigam in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Sprechstunde der Redaktion von 1/2 bis 1/2 Uhr.

Im Sommer bedarf die Ernährung der Eingeligen besonders Sorgfalt, weil die Darmtraktus in dieser Zeit durch die Wärme der Nahrung im Darne leichter verunreinigt werden. Durch die Ernährung mit „Kafke“ und Milch beugt man in wirksamer Weise den gefährlichsten Darmkrankheiten vor.

50 eigene Dampfer.

Nordsee-Halle.



Ihre nächstfolgende Lage von frischer Zufuhr besonders preiswert:

ff. Schollen, mittelgroß	per Pfund 25 Pfg.
ff. Schellfisch im Anschnitt	per Pfund 25 Pfg.
ff. H. Kabeljau	per Pfund 18 Pfg.
ff. Brätschellfisch	per Pfund 15 Pfg.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

Größte Dampffischerei Deutschlands.

Filiale: Halle a. Saale.

Telefon 1275. Gr. Ulrichstrasse 58. Telefon 1275.

Eigener Seehafen.

Bookwitz, Mückenberg, Kleinleipisch, Grünwalde, Naundorf, Dolztheida.

Arbeiterfrauen und Töchter des Ländchens!

Sonntag, den 30. August, nachmittags 3 Uhr, in „Reiners Gasthof“, Kleinleipisch

Öffentliche politische Versammlung für Frauen u. Männer.

Vortrag über: Rechte und Pflichten der Arbeiterfrau. Ref.: Frau Emma Ihrer-Berlin. Nachher: Freie Diskussion.

Arbeiter! Arbeiterinnen des Ländchens! Wirt schon jetzt für einen Massenbund! Das Gewerkschaftskartell.

Bockwitzer Bezirk

Arbeiterjugend! Auf nach Ruhland!

Der Arbeiterturnverein Jahn in Ruhland ladet euch hierdurch für Sonntag den 30. August zu einem großen Zarnische ein.

Es ist uns nicht möglich, hier einen Saal zu erlangen, weil sich die Partei vor den „liberalen“ Bürgertum, vor der Hande der von den Arbeitern liberalen „Geschäftsleuten“ fürchten.

Das Fest findet daher in einem großen, unter schweren Kosten gemieteten Saal und Restaurationshalle statt, wo wir die Selbst-Konzeption erhalten. — Die flüchtigen Arbeiterkräfte der angrenzenden Bezirke der Provinzen Sachsen, Brandenburg und Schlesien und des Königreichs Sachsen ist herzlich eingeladen.

Das Fest besteht in großem Umzug, turnerischen Auführungen, Spielen und Volksbefähigungen, Solosänger, unter gütiger Mitwirkung des Arbeiter-Gesangsvereins Morgenröte, Bookwitz und unterer Eingänge, Instrumentalkonzert und Ball. — Die Festrede hält anstelle des verabschiedeten Bundesvorsitzenden Herr G. v. n. o. r. i. c. h. a. r. d. Bookwitz.

Am zahlreiches Erscheinen, auch der weiblichen Jugend, bitten

Der Turnrat.

Unsero bewährten Qualitäten

Strickwolle

haben wir bedeutend im Preise ermässigt.

Brummer & Benjamin

Gr. Ulrichstrasse 22/23.

Volkspark

Dienstag d. 25. August abends 8 Uhr: **Konzert-Abend** ausgeführt von der Engelmann'schen Kapelle.

Programm 10 Pfg. Programm 10 Pfg.

Jeden Freitag abend: **Frel-Konzert.**

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlich ein die Verwaltung.

„Krone“ Häupter.

Zur Naturgeschichte des Absolutismus.

1. Katharina II. von Rußland. Konfiziert gemein.
2. August der Starke, Kurfürst von Sachsen. Konfiziert gemein.
3. Papst Alexander VI.
4. Karl Scapoli von Westfalen.
5. Ludwig XV. von Frankreich.
6. Philipp II. von Spanien.
7. Friedrich Wilhelm II. von Preußen.
8. Heinrich VIII. von England.
9. Elisabeth von Rußland.
10. Louis Philipp von Frankreich.
11. Papst Julius II.
12. Friedrich II. von Preußen.
13. Caligula.
14. Ludwig XV. von Frankreich.
15. Friedrich Wilhelm IV.
16. Jwan der Schreckliche von Rußland.
17. Jerome, König von Neapel.
18. Fiabel II. von Spanien.
19. Wilhelm II. von Hessen.
20. Nero.
21. Karl I. von England.
22. Karl Eugen von Württemberg.
23. Adolf II., Kaiser von Deutschland.
24. Christian von Schweden.
25. Maria Theresia von Oesterreich.
26. Leopold II. von Belgien.

Jedes Heft 20 Pfg. 24 Heft gebunden in 5 Bänden a. Band 1.50 Mk. Die Volksbuchhandlung, Gars 42/43.

Walhalla-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr gr. sensationelle Vorstellung im **Feen-Theater**

Gewöhnliche Preise.

agerkeller, ca. 100 Qm., mit Wasserleitung u. separ. Eingang zu vermieten.

Genossenschafts-Buchdr. Gars 42/43.

Sozialreform

oder **Revolution**

Von Rosa Luxemburg. Zweite Auflage. Preis 50 Pfg.

Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung** Gars 42/43.

Arbeiter-Bildungs-Ausschuss Merseburg.

Sonntag den 30. August im Saale der Kaiser Wilhelmstraße

gr. Vokal-Konzert.

Ausgeführt von der Sängereileitung Oskar-Koch.

Orchester-Band (Kriegs- u. Art.-B.-B.)

Unter Mitwirkung der Konzertängerin Fräulein Franziska Ewald-Geipigs (Coproan). Klavierbegl.: Herr B. Kantorowitsch-Geipigs. Einlaß 6/8 Uhr. — Beginn 7 Uhr.

Kinder unter 12 Jahren haben keinen Zutritt. Programme zum Eintritt 1 zu 50 Pfg. sind nur bei häuslichen Gewerkschaftsleiterinnen zu haben. — Absenzen findet nicht statt.

Sonder-Angebot! (Nur bis auf weiteres gültig.) Weiße wollene **Damen-Herren-Kleider** werden für **Mt. 3.00, 2.50 und 2.25 Mt.** inbaldem chem. gereinigt u. gebügelt. **Geisenberg.** Eigene Aben: Geißler 36, Gr. Ulrichstr. 32, Gr. Steinstr. 53, Schmeierstr. 6, Steinweg 25, Rathhausstr. 6, Fernsprecher 505. 45 Annahmestellen in Umgegend.

Wanzen-Sintur Radikalmittel gegen **Wanzen u. deren Brut** in allen Ecken bei **Max Rädler,** nur **Bachstraße 2,** Ecke Sternstrasse. **Wanzen-Sintur** gegen alle Arten von Wanzen, Kakerlaken, Bettwanzen, etc. **Wanzen-Sintur** gegen alle Arten von Wanzen, Kakerlaken, Bettwanzen, etc. **Wanzen-Sintur** gegen alle Arten von Wanzen, Kakerlaken, Bettwanzen, etc.

Kinderwagen mit Gummirädern zu verkaufen. **Wanzenstr. 24, I. 40** Suchmaschinen wegen Umzug billig zu vert. **Reinhold 10.** **Wanzen-Sintur** gegen alle Arten von Wanzen, Kakerlaken, Bettwanzen, etc. **Wanzen-Sintur** gegen alle Arten von Wanzen, Kakerlaken, Bettwanzen, etc.

Baukumpner auf längere Dauer nach Heftigkeit gesucht. **H. Borne, Halle a. S., Große Klausstraße 13.**

Landesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 22, August.

Abgehoben: Sergeant Strelow und Wargarella über (Kofen und Wittenrode 6).

Abgehoben: Herr. Stankel u. Marie Höfer (Soblenitz 40). **Abgehoben:** Ebert und Wera (Waldau 3). **Abgehoben:** Kaufmann Kroschke und Antonie Weder (Kroschke 17). **Abgehoben:** Herr. Frische und Anna Görlitz (Kroschke 21 und Wittenrode 105).

Abgehoben: Herr. Wittenbach I. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach II. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach III. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach IV. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach V. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach VI. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach VII. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach VIII. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach IX. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach X. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XI. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XII. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XIII. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XIV. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XV. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XVI. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XVII. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XVIII. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XIX. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XX. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XXI. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XXII. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XXIII. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XXIV. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XXV. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XXVI. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XXVII. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XXVIII. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XXIX. (Waldau 9). **Abgehoben:** Herr. Wittenbach XXX. (Waldau 9).

Bockwitz. Bockwitz.

Geschäfts-Eröffnung.

Der Arbeiterclub von Bockwitz und Umg. zur gef. Kenntnis, daß ich vom 1. September das im Hause des Herrn Baummeister Schmidt schon früher betriebene **Barbier- und Friseur-Geschäft** wieder eröffne.

Ich bitte mein neues Unternehmen gütig unterstützen zu wollen.

Max Lehmann, Barbier und Friseur. **Volksplatz liegt aus.**

Heringsauktion.

Dienstag den 25. August vorm. 11 Uhr verfeigere ich im Expeditionslager der Firma August Mann, Kaiserstraße 3, **25 Tonnen gute schottische Crowlarge fully fine** öffentlich meistbietend gegen Barzahlung. Bestätigungsbefehl von 9 Uhr an.

Oskar Knoche, beid. Auctionator, Gr. Steinstraße 63.

Kartoffeln

geland und groß u. Speise- und Futterkartoffeln. Mittwochs eintrifft, gegenpreiswert ab. **W. Giedel, Martinsstraße 24.** Fernruf 2802.

Nach in diesem Jahre fauft wieder jedes Quantum frische, kurzegekeimte **Kamillen** zu höchsten Preisen.

Wilhelm Katho, Halle a. S., Gr. Märkerstraße 7.

Bockwitz. Erdarbeiter

zum Wasserleitungsbau **: Kleinleipisch** gesucht.

Ingenieur Saalbach.

Vorträge,

Kuplets, Duette, Lieder humoristischen und satirischen Inhalts.

Preis 10 Pfg.

Zu beziehen durch alle Buchhändler und die **Volksbuchhandlung.**

Freitag

des Wahlkreises Wittenberg-Schweinitz am 23. August in Wittenberg.

Der diesjährige Freitag war von 16 Delegierten besucht. Von der Kreisleitung waren anwesend die Genossen Freudenberg, Treubach und Otto, von der Agitationskommission des Kreises die Genossen Schäfer, Bode, Trabis, Wittke, Lehmann und Richter, von der Zeitungs-Kommission Schulte, Dornbusch und Richter. Außerdem war der Kandidat des Kreises Gen. Frisch wegen sowie der Bezirkssekretär Genosse Dreißer. Die Bezirksagitationskommission vertrat Genosse Gustav Schmidt-Galle, die Redaktion Genosse Fröhlich, den Arbeiter Genosse Groß.

Den Freitag begrüßten die Arbeiter-Vereine Profisinn und Landregis mit zwei stimmungsvollen vorzutragenden Kampfliedern.

Au Beginn des vorberathenden Genossen Papst-Herzberg erhoben sich die Teilnehmer von ihren Sitzen.

Genosse Freudenberg eröffnete dann den Freitag mit Worten der Begrüßung und ermahnte zur heutigen Arbeit eine neue Anregung zu früherer Tätigkeit. Dann gab er eine kurze Uebersicht über die Amtsenthebung des Genossen Frische, der nur auf Grundgesundheitsgründen zurückgetreten sei, worauf er provisorisch bis zum heutigen Tage die Kreisleitung übernommen habe.

Au dem in Nr. 192 gegebenen Jahresbericht wurden einige Veränderungen gegeben, was darin seinen Grund hatte, daß Genosse Freudenberg erst im zweiten Halbjahr die Leitung übernahm, vom ersten aber keinerlei Material hatte. Zum Jahresbericht wurde berichtet, daß für die Kalender nicht 25, sondern 123 Mit. eingekommen sind. Ebenso wurde festgestellt, daß die Beträge einiger Ämter irrtümlicherweise auf das Konto der Ämter der Sozialarbeiter bedingt sind. Es folgten die Berichte der einzelnen Delegierten.

Sämtliche Berichte lauteten übereinstimmend ungenügend. Die meisten haben kein Material zur Verfügung, können deshalb auch keine intensive agitatorische Tätigkeit entfalten. Aber auch die wenigen Orte, die Notale haben, fröhen an Unrichtigkeit bzw. Sammellosigkeit der Genossen. Dazu kommt die wirtschaftliche Depression, die einen unheilvollen Einfluß auf unsere Bewegung ausübt. Immerhin sind teilweise Fortschritte zu verzeichnen. Die Orte Herberg, Eiter, Neffen, Gadenitz, Schöndorf und Schwanow sind nicht verfallen. Viele Orte haben überhaupt keine feste Organisation. Immerhin sind nur in sehr loser Verbindung, auch werden sie sehr unter der Situation der Mitglieder. Hauptächlich wegen der fehlenden Erwerbsverhältnisse.

Sonderbarerweise konnte der Vorort Wittenberg keinen gesonderten Bericht geben. Das liegt daran, daß bisher die Kreisleitung gleichzeitig die Leitung der Ortsvereine mit zu befragen hatte, jedoch der Bericht über Wittenberg im Jahres- und Klassenbericht enthalten ist. Es ist jedoch eine Reorganisation geplant, die in nächster Zeit durchgeführt sein wird. Die Ortsvereine sind selbstständig werden, jedoch sie von der Kreisleitung vollständig getrennt wird. Doch hat man auch in Wittenberg nicht gefehlt, sondern hat von der Leitung aus ziemlich gut gearbeitet, nur hat bei der Genossen nicht immer die nötige Unterstützung gefunden. Es fanden sich zu wenig Genossen, die mit tätig waren. Das muß in Zukunft anders werden.

Berechnungen haben festgefunden in Schmiedeberg 8, Schweinitz 8, Herberg 8, und ein Volksverein, in der Berliner Filiale 4, die Kreisleitung 2. Wittenberg-Bewegung ist im Jahresbericht niedergelegt.

Genosse Freudenberg wies im Anschluß an diese Berichte darauf hin, daß es die vornehmste Aufgabe der neuen Kreisleitung sein müsse, an allen Orten neue Verbindungen anzuknüpfen und die alten zu befestigen und auszubauen.

Aus den Berichten ging aber auch noch hervor, daß die Berliner Filiale noch besteht, wenngleich infolge des vorjährigen Bauarbeiterstreiks und der Krise im Bauereise viele Mitglieder von Berlin abgereist sind, jedoch eine Zeit lang nicht ein Mitglied mehr in Berlin war.

Genosse Frisch wies darauf hin, daß das Bild entrollte zwar ein Hoffnungsreiches sei, aber man müsse über die Ursache klar sein, wo es halb so trübe sei. Das liege an der ungenügenden Konjunktur. Und da gerade die Arbeiter unserer Kreise zum großen Teile dem Bauereise angehören, ist angebracht, das vorjährige Bauarbeiterstreiks in Berlin und die letzte ungenügende Konjunktur der Bauereise besond. Stillstand erklären. Sobald die Konjunktur eine bessere werde, würden die Arbeiter wieder in ihre alten Stellen strömen und von neuem weiter bauen. Dasselbe Bild ergab sich fast in allen Kreisen. Nur die Landtagswahl habe die Arbeiterkraft wieder aufzufrischen zum Kampfe und der Erfolg sei im allgemeinen ein unerwartet guter gewesen. Man müsse deshalb sehr bedauern, daß Errungenschaften festzuhalten, ohne sich auf neue Experimente einzulassen, die man bei besserer Konjunktur vornehmen könne. Was die Bezirksämter im Vorort Wittenberg betrifft, so müsse hierin unbedingt eine Veränderung eintreten. Es müßten sich aber auch Genossen finden, die die Arbeit machen. Das bestehende getrennte Verhältnis zwischen einzelnen Genossen müsse beseitigt werden. Doch ist dies nicht Ende des Freitag

londen der Ortsgenossen. Wollen wir Fortschritte machen, muß einpöchtig gearbeitet werden.

Die Genossen Freudenberg und Richter wissen nichts von einem geplanten Verhältnis, im Gegenteil ist erstarrterweise die letzte Zeit die gemeinsame Tätigkeit der Kreise Wittenberg, Klein-Wittenberg-Breititz eine sehr erfreuliche gewesen. Die Differenz, die zur Auflösung des Bildungsausschusses führte, konnte nicht mehr in Frage, das sei längst vorüber. Man habe nur infolge Gedemüths nicht die so notwendige Arbeit in dem gewöhnlichen Maße ausüben können. Ueber den Stand der Kreise seien Genosse Groß eine genaue Uebersicht. Auch er könne in daselbe Klagefeld einstimmen, wie die anderen Redner. Dieser Kreis sei der verheerendste von allen acht Kreisen des Verbreitungsbezirks, liege daher an letzter Stelle, trotzdem auch in diesem Kreise genöck ein besseres Resultat erzielt werden könne, wenn nur an den einzelnen Orten etwas energischer für die Einführung des Volksblattes gearbeitet werden würde. Er gab dann die rechnerische Grundlage.

Im Anschluß hieran berichtet die Zeitungs-Kommission von Wittenberg über die Tätigkeit und mögliche Fortschritte über Verbesserung der Zeitungsposition. Diese Fortschritte sollen dem Ortsverein zur Durchführung vorgelegt werden. Auch hier wurde von der Kommission gefordert, daß sie keinerlei Einbild in die Abonnementliste habe und deshalb auch nicht gegen die sämtlichen Anträge verfahren könne. Genosse Schmidt wies mit Recht darauf hin, daß die Kommission als erste Aufgabe sich eine Abonnementliste aufstellen müsse. Genosse Dornbusch regte an, an Stelle der besetzten Vereinsangelegenheiten eine Rubrik im Textile einzurichten zur Veröffentlichung sämtlicher Parteiangelegenheiten (Veranstaltungen, Agitation, Flugblattverbreitung usw.). Dem widerspricht Genosse Groß aus finanziellen Gründen. Außerdem gehe es in der Parteibildung, das eine solche Einrichtung habe, um den Infanterie auszufüllen. Ueber verschiedene andere Mängel wurde noch eine ziemlich ausgedehnte Aussprache gepflogen, die eigentlich in die einzelnen Ortsvereine gehörte. Behauptungen über die Nebaktion und Expedition wurden nicht vorgebracht.

Genoss Frisch erwiderte auf die letzten Genosse Frische. Es ist schwer, in einem so getrennten Kreise eine einheitliche Agitation zu empfehlen. Denn was für fortgeschrittene Kreise möglich und erstrebenswert sei, sei für diesen Kreis nicht durchführbar. Es müßten deshalb die Agitationsarbeiten ganz anders geordnet werden. Aus diesem Grunde empfahl er regelmäßige Besprechungen in den Kreisen, dazu könne man jede Wohnung benutzen, ebenso auch jedes Restaurant, ohne daß die Wirte Schwierigkeiten haben, da nach dem neuen Vereinsgesetz derartige Besprechungen nicht mehr angedeutet werden brauchen. Vorlesungen, Besprechungen politischer Vorkommnisse würden diese Zusammenkünfte interessant machen. Ebenso seien die Frauen mit heranzuziehen, was eine solche Aufgabe sei, unter Parteitätigkeit genippen und ihr Interesse dafür werden. Dann werden sie bald eifrige Mitkämpferinnen werden. Aus diesem Grunde müßte man für diese nur geringe Beiträge erheben. Aus diesem Grunde nur nicht erlangen und wenn es manchmal auch nur ein halbes Dutzend Genossen sind, die diese Besprechungen besuchen. Bespricht dann die Finanzarten und macht Vorschläge, wie auch in diesem Kreise Geld zu beschaffen sei, ebenfalls empfiehlt er die Einführung der Adresskarten und legt den Nutzen derselben auseinander, macht zuletzt den Vorschlag, daß die Mitglieder der Berliner Filiale den Orten als Mitglieder ausgeleitet werden, in denen sie anständig sind. Genosse Frisch erwidert auf die letzten Ausführungen, daß dieses jetzt schon getan wurde. Die Genossen werden nur in die Berliner Filiale hineingezogen, um dann in der Heimat einen festen Stamm der Genossen zu bilden. Ist dort der Stamm der Genossen stark genug, dann werden sie aus der Berliner Filiale ausgeleitet.

In der sich daran anschließenden Diskussion wird Schwärme darüber geführt, daß die Agitationsbezirke besser eingeteilt werden müßten und daß nicht nur fünf von einer Wahl, sondern alle Jahre mehrere Flugblätter im ganzen Kreise verbreitet werden müßten. Ebenso sollen mehr öffentliche Versammlungen abgehalten werden, um unter freiem Himmel. Genau so müsse über eine allgemeine Agitation für das Volksblatt stattfinden, während man sich gegen das Stillstehen ausspreche.

Genosse Frisch wies darauf hin, daß die meisten Diskussionen der von falschen Voraussetzungen ausgehen. Die Agitationsbezirke sind alle genau eingeteilt. Da sei hier die Agitation ein besonders schweres, da nur mit fünfzehn Briefen zu rechnen ist. Der Postanhang kann nicht schon sein am Stillstand, man müsse nur arbeiten wollen. Um die geistige Verbindung mit der indifferenten Masse herzustellen, dazu müßte Briefe und Flugblätter hergenommen werden, und zwar müßte das mit aller Energie inausbittig und ausdauernd gearbeitet werden. Dazu gehöre aber Geld, nur deshalb müßte folgend es auch durch Ämter herbeigeschafft werden.

Genosse Freudenberg wies die verschiedenen Vorwürfe zurück, die gegen die Kreisleitung erhoben worden sind.

Genosse Dreißer berichtete, daß auch diesem Kreise mehrere Flugblätter umsonst angeboten wurden. Wenn sie nicht genommen wurden ist es nicht unter der Hand. Das Verhalten nach mehr Agitation beweist aber, daß man auch mehr Geld haben müsse und daher muß auf alle Art Geld beschafft werden.

Die weiteren zahlreichen Redner brachten nichts besonders Neues mehr zu Tage. Zu erwähnen ist nur, daß Gen. Frisch im Güterständigen des Freitag den vorigen Kreis-Vorhaben den Gen. Frisch Dank für seine langjährige Tätigkeit ausdrückte. Er wird sich auch in Zukunft nicht in den Schlußwinkel stellen, sondern weiter mit tätig sein, soweit es seine Zeit erlaubt.

In Verbindung mit der Wahl der Kreisleitung wurde der Antrag Klein-Wittenberg-Breititz, Aufstellung einer agitatorischen Kraft, mit Genosse Freudenberg bemängelte die Teilnahmslosigkeit der Genossen bei der Landtagswahl und ermahnte, daß in Zukunft die Genossen die Kreisleitung mehr als bisher unterstützen.

Gen. Frisch erläuterte die Ursachen, weshalb bei der Landtagswahl die Genossen nicht so tätig waren; weil unter dem verbotenen Treibschußrecht keine Vorteile für die Arbeiterkraft herauskommen, weshalb die Teilnahmslosigkeit. Er wendet sich dann an finanziellen Gründen gegen den obigen Antrag.

Genosse Gense zieht den Antrag als jetzt ausfindiglos zurück, wünscht aber, daß man diese Frage nicht aus dem Auge laße.

Genöck wurden einstimmig die Genossen Freudenberg als Kreisvorsitzender, Otto als Kassierer.

Als Delegierte zum Bezirkstage wurden die Genossen Frische, Frisch, Matthes, Wittke und Kloppe gewählt. — Zum Parteitag wird dem Gen. Dreißer das Mandat übertragen.

Bei diesem Punkte wurde noch der Antrag angenommen, daß der Bezirkstag in Zukunft wieder Sonntags abgehalten werden sollte.

Gegen den Antrag Kl.-Wittenberg: Die Volks-Ratgeber hat die Agitations-Kommission umsonst zu liefern, wendet sich Genosse Schmidt. Wo soll die Agitations-Kommission das Geld nehmen? Auch die Genossen Gense und Bode wenden sich dagegen. Der Antrag wurde jedoch angenommen und soll dem Bezirkstage unterbreitet werden.

Die jährliche Entschädigung für die Tätigkeit des Vorstehenden wird auf 50 M., für den Kassierer auf 20 M. festgelegt, doch haben sie für die übrigen Arbeiten die übliche Entschädigung zu erhalten.

Zu dem Antrage, das Volksblatt so rechtlich zu schließen, daß es noch am Tage der Ausgabe in Wittenberg ausgetragen werden kann, sprechen die Genossen Frisch und Dreißer. Aus technischen Gründen sei der Wunsch vorläufig undurchführbar, während verschiedene andere Redner sich dafür aussprechen. Schließlich wird der Antrag dem Bezirkstage zur Verwirklichung überwiesen.

Der Antrag Herberg, den nächsten Freitag in Herberg abzuhalten, wird zur Berücksichtigung der Kreisleitung überwiesen.

Der zweite Antrag Herbergs, dem Genossen Treubach = Palma einen Zuschuß zu seinen Linzungen zu gewähren, wird zur näheren Untersuchung und Beschlußfassung ebenfalls der Kreisleitung überwiesen.

Das Referat Kommunales wird in Anbetracht der vorgeordneten Zeit von der Tages-Ordnung abgeleitet. Es soll jedoch in nächster Zeit eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher einberufen und dort das Referat gehalten werden.

Damit ist die Tages-Ordnung erschöpft und der Vorsitzende schließt den Freitag mit den Worten des Dankes, indem er wünscht, daß die heutige Arbeit zum Wohle der Arbeiterkraft dienen möge.

Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie trennen sich die Delegierten.

Halle und Saalkreis.

* Halle, den 24. August.

Wird revisionistisch angekränelt

find die Remscheider Parteigenossen. In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Volksvereins zu Remscheid wurde mit der Redaktion der Remscheider Arbeiterzeitung scharf abgerechnet über ihre Haltung gegenüber dem Disziplinbruch der süddeutschen Landtagsfraktionen.

Die Remscheider Arbeiterzeitung, die ein Kopfbild der in Solingen erscheinenden Westfälischen Arbeiterzeitung ist, hatte in einigen Zeitartikeln die Budgetbeihiligung gebilligt und das Verfallen der betr. Landtagsfraktionen zu beschönigen gesucht, ohne jedoch zu behaupten, daß die Abstimmung der Arbeiter Resolution entpöckte. Sie war also immer noch schärfer als die Remscheider Genossen mit Recht über die Haltung ihres Parteiorgans empört. Dies kam in einer Protestresolution zum Ausdruck, die einstimmig angenommen wurde. Diese Resolution lautet:

„Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Volksvereins beurteilt als schärfste die Haltung der Zeitartikeln in den Nummern der Arbeiterzeitung vom 12., 13. und 15. August, in denen der Disziplinbruch der süddeutschen Abgeordneten teilweise beschönigt, der Vorwärts und die Leipziger Volkszeitung

Zur

Wieder-Eröffnung Erfrischungsraumes

unseres neu renovierten

sehr wohlschmeckend

Zeppelin-Torte 10 Pf.

mit Schlagsahne

Nuss-Torte

mit Schlagsahne

10 Pf.

Hamburger Engros-Lager

Leopold

Halle a. S. Marktstr. 50/51

aber wegen ihrer Stellungnahme zu dieser staatsbürgerlichen Angelegenheit in ganz unangehöriger Weise gloriert worden sind.

Die Verammlung erbt in der Haltung der politischen Redaktion den Versuch, die Haren Grundzüge des Sozialismus zu verwässern; sie sieht sich gezwungen, auf das energiegeloste eines Schreibweise zu protestieren, die den Traditionen der Partei zunächst über die Auffassung der Genossen unseres Kreises direkt zuwiderläuft.

Angesehen die Genossen, lassen diese Artikel eine durchaus mangelhafte Kenntnis der proletarischen Parteipolitik erkennen; auch ist die in den Artikeln zum Ausdruck gebrachte unsichere schwankende Haltung nicht ohne Anlaß den Genossen des Kreises eine klare Richtschnur anzugeben, was in allererster Linie von einer geistigen Haltung, wie es hoch die Redaktion sein soll, verlangt werden muß.

Die Verammlung fordert die Verfassungsmäßig, unverzüglich Schritte zu unternehmen, die die Genossen bieten, daß in Zukunft derartige, geradezu verblüffend wirkende Anfechtungen aus der Arbeiterzeitung fernbleiben. In Erwägung, daß eine sozialistische Zeitung im Geiste des Sozialismus und im Sinne der Gesamtheit des Kreises, nicht aber nach den Kritikalansichten einzelner Personen geleitet werden muß, regnet die Verammlung mit Bestimmtheit darauf, daß ähnliche Vorfälle in Zukunft zu Unmöglichkeit werden."

Wenn man das Verhalten einer Anzahl Parteigenossen in der letzten Verammlung unseres Vereins am Donnerstag sieht, so muß man zum Leidwesen die eben genannten Proletarier erkennen, auf welche schiefe Bahn der Verwässerung auch ihr schon geraten sind. Es wird höchste Zeit, daß diesen Treiben Einhalt getan wird.

Sozialdemokratischer Verein.

Die Genossen des 6. Bezirks werden ersucht, sich Dienstag abends 9 1/2 Uhr im Restaurant zur Terrasse, Böllbergweg 23, die Genossen des 10. Bezirks im Restaurant Schramm, Delibühlerstraße, die Genossen des 12. Bezirks im Restaurant Kauffig, Martinsberg, die Genossen des 14. Bezirks im Weihen Hof, Geißtrasse 3, die Genossen des 15. Bezirks in Rainers Restaurant, Eichendorffstraße, zur Begründung über wichtige Vereinsangelegenheiten einzufinden. Der Vorsitzende ist noch mitgeteilt, daß das Volkshaus Restaurant, - dem sich heute, Montag, die Genossen des 7. Bezirks treffen, sich Plämmerstraße 28, nicht Nr. 2, befindet.

Die Arbeiterzeitung

Der diesigen bürgerlichen Presse zeigt sich am besten bei den Vorgängen in Magdeburg. Vom unparteiischen Generalanzeiger bis zur liberalen Saalezeitung ist kein Strohhaarenwort über das gewöhnliche Verhalten der Magdeburger Polizei zu lesen, von der konservativen Hellenen Zeitung gar nicht zu reden, die bestmöglichst in den der Sonnennummer beigelegten Propagandablättern die Sozialdemokratie totaligunzen. Besonders bezeichnend ist das Verhalten der liberalen Presse, die ja das neue Vereinsgesetz als eine besondere Errungenschaft des liberalen Stodes in den höchsten Tönen feierte und nun alle Winde für erfüllt ansetzt. Oder ist man nur deshalb so still, weil sich das Vorgehen der Polizei nur gegen Sozialdemokraten richtet? Von unieren "Liberalen" ist eigentlich etwas anderes gar nicht zu erwarten.

- * **Abstimmung, Mauer!** Leser den Neuen des Unternehmens Dittl, Sieger in Vallenborn ist wegen Schindlerfälschung die Speere verhängt. Alle Kollegen werden ersucht, dies zu beachten und Solidarität zu üben. Die Kolonialverwaltung.
- * **Den Anarchisten des Sozialdemokratischen Vereins** hiermit zur Nachricht, daß die Frauen und Kinder am Mittwoch, den 28. August, einen gemeinschaftlichen Ausflug nach Lettin machen. Sammelplatz nachmittags 3 Uhr im Volkspark. Abmarsch von da pünktlich 1/4 Uhr. Die Wäpfer, die abgehalten sind, selbst mitzunehmen, mögen unbedenklich ihre Kinder führen, da sich einige organisierte Frauen bereit erklärt haben, die betreffenden Kinder mit dem nötigen Obhut zu nehmen. Große finanzielle Opfer sind mit diesem Ausflug nicht verbunden, da die Wäpfer in Lettin die Preise für Getränke bedeutend herabgesetzt hat und uns somit im weitestgehenden Maße entgegenkommt. Deshalb hoffen wir auf eine rechte rege Beteiligung, besonders von unserer schulpflichtigen Jugend. Es wäre auch recht erfreulich, wenn unsere Kinder mit einem noch vorhandenem Stockchen und außer dem mit einer großen Portion reichlich-freudigen Sinnes und rechter Gangeslust ausgerüstet.
- * **Parteiabend.** Die Bestorderer zu dem am 30. August stattfindenden Parteifest werden hierdurch zu einer Sitzung am Mittwoch, abends 1/2 Uhr, im Volkspark eingeladen. Das Erscheinen aller ist unbedingt notwendig.

* **Kollaborat.** In dem für morgen, Dienstag, abend angelegten Konzert befindet sich auch ein Biolinolo, gespielt von Herrn Dreher. Aber auch das übrige Programm ist wieder ein ausgezeichnetes, so daß der Besucher ein jeder maßvoller Genuß gebogen werden wird. Das Konzert wird aber Voraussicht nach im Saal stattfinden.

* **Genossenschaftsversammlung.** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Sitzung am Mittwoch, den 28. August, nicht stattfinden. Gleichzeitig sei hierbei daran erinnert, daß alle Mitglieder in dem Obmann der Kommission, den Steinleber Robert Wolf, Quart 35, II, zu richten sind.

* **Eine anarchische Verammlung** fand gestern im Volkspark statt. Sie war, wie uns berichtet wird, von 700-800 Personen besucht. In Stelle des in Dring (Nordböden) wegen anarchischer Umtriebe unter den Bergarbeitern am Sonntag verhaltenen Referenten sprach Herr Lange. Dieser über Anarchismus und Sozialdemokratie. In dem 13-kündigen Vortrag behandelte der Redner weniger die großen theoretischen Unterschiede zwischen beiden Parteien als vielmehr die Gründe, aus denen die Anarchisten die Teilnahme an der Parlamentsarbeit verneinen. Die Mitarbeit in den bürgerlichen Parlamenten führe zur Verfestigung der Arbeiterbewegung, die zu langsam vor sich gehe. Der Klassenstaat gewähre den Arbeitern nichts freiwillich, sondern es müsse alles abgetrotzt werden. Einen Beweis der Schwäche und des Verzalls an den proletarischen Interessen erblickte der Redner auch in dem Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber der antimilitaristischen Propaganda. Die Ungebilligkeit in der Antimilitaristik zeige, daß die Sozialdemokratie verbürgerlichte, schließlich beschwor sie die Rede an, daß keine der beiden Parteien über Anarchismus und Sozialdemokratie in der Verammlung erschienen sei, daß das Volkspartei für das Fest am 20. Wg. pro Lette berechnet habe, während sonst Versammlungsangelegen mit 10 Wg. berechnet würden, daß die Volkspartei über 1000 Taler für die Bestellung 2000 Handzettel zur Agitation für den Versammlungsbuch geliefert habe und daß im Volkspartei ein Blat für die Verammlung nicht ausgehängt worden sei. Auch zu der als Vorwurf gemeinten Behauptung, die Gewerkschaftsführer leiten von Arbeitergruppen, griff Herr Lange als Gegenmaterial dafür, daß der Anarchismus viel besser und richtiger sei als die Sozialdemokratie.

In der Debatte, die etwa zwei Stunden währte, traten zahlreich Genossen zu Wort. Nicht ohne Anlaß wurde das, wie uns mitgeteilt wird, in geschäftiger Weise. Mehrmals nahm die Debatte einen recht erregten Charakter an.

Auf den Inhalt der Vorträge einzugehen, finden wir keinen Stoff. Nur die der Substanz und der antimilitaristischen Propaganda sind bestänzlich die Meinungen in unserer Partei geteilt. Jedenfalls wird die Sozialdemokratie nicht bei den Anarchisten Halt finden, wie unsere Partei endgültig in diesen Fragen sich entschließen will. Wenn Genosse Wolfenblut, den Herr Lange speziell herausgriff, gegen die offene antimilitaristische Propaganda sich ausgesprochen hat, so geschah dies nicht, wie Lange anzunehmen scheint, um die sozialdemokratischen Agitatoren vor Strafe zu bewahren, sondern um die Rekruten, die Soldaten nicht in die fürchterliche Gefahr zu bringen. Minderheiten gegen sich herauszubehören. - Erwarten die Anarchisten, daß ihnen ihre Versammlungsanzeige im Volkspartei zum Vorzugspreis von 10 Wg. für die Zeit berechnet werden, so fühlen sie sich unserer Partei viel näher als sie das sonst zu tun belieben. Der Vorzugspreis gilt für unsere Partei und für die Gewerkschaften, nicht für andere Parteien; das mit 2000 Taler 2000 Handzettel angeordnet werden sind, ist höchstens eine für die liberalen vorzuzuziehen. Wollten die Anarchisten das als abschließliche Benachteiligung in ihrer Agitation auffassen, so mögen sie es tun. Von Wäpfern, die im Volkspark ausgehängt werden sollten, ist dort nichts bekannt. Im übrigen haben die Herren Anarchisten durchaus kein Anrecht, für sich eine Vergünstigung zu beanspruchen, die eben nur unseren Organisationen gebührt wird, nicht gerechtfertigt, die uns belämpfen. - Einfach anmaßend ist es, wenn die Anarchisten es als selbstverständlich ansehen, daß unsere Parteigenossen, in dessen Hand die Leitung der Parteigeschäfte gelegt worden ist, zu erscheinen haben, wenn die Anarchisten eine Versammlung abhalten. Was fällt denn den Herren ein! Mögen sie, wenn sie Luft haben, mit uns zu debattieren, in unsere öffentlichen Versammlungen kommen. Zu verlangen, daß das Umgekehrte geschieht und sich zu beschneuen, wenn nicht alle kommen, ist eine unbedenkliche Anmaßung. Die Herren halten sich da für wichtiger als sie sind.

* **Den Wäpfern zu Ehren.** Am Sonnabend abend lief ein ohne alle Aussicht auf der Straße befindliches 1/4 Jahre altes Kind auf der Bräuderer Straße den Herden einer hiesigen Wäpferin in die Heine. Hätte der Wäpferführer nicht sofort mit aller Kraft die Herde zurückgeführt, wäre das Kind unfehlbar schwer verunglückt. So wurde es nur vom Rute des einen Herdes

umgeronnen, ohne jeglichen Schaden davonzutragen. Die dann herbeieilende Mutter war natürlich aus höchste erlöschend, aber besser ist es, doch nur auf die Kinder acht zu geben.

* **Überfahren** wurde von einem Automobil auf der Herrenstraße ein eine lebensfähig er Kinder, der direkt in das Automobil hineinfiel. Trodem der Chauffeur sofort stoppte, geriet das Kind doch unter das Gefährt, kam aber glücklicherweise mit leichten Verletzungen davon. Die Mutter des Automobils nahm sich das Kind in liebevoller Weise an und brachte ihn in einer Grottostraße unter, bis er in die elterliche Wohnung gebracht werden konnte.

* **Ein Strafschlag**, der zur Vornahme einer Operation im Elisabethkrankenhaus unternommen war, erwischte in der Nacht zum Sonnabend aus demselben und konnte bis jetzt noch nicht wieder ergriffen werden.

* **Bier** löste Euforien überleben in der Großen Ulrichstraße einen Studenten und schlugen ihn mit einem Stein berat auf den Kopf, daß er erhebliche Verletzungen davonbrachte. Auf der Reichstraße mußte dem Verletzten ein Notverband angelegt werden.

* **Junfer plaus** ist uns seit einigen Tagen wieder recht wohl gefimmt. Seit dem Sonntag am Sonnabend früh vor Tagesgrauen hat er uns sowohl am Abend wie auch gestern in mehr als reichlichem Maße mit seinem Raß bedacht, so daß besonders gestern abend viele Straßen wie ein kleiner Pfaffen aussehend. Hierbei sei auf einen offenen Mißbrauch in Beziehung auf den aufmerksamen gemacht. Ein gewisser Herr hat unter dem Vorwand, er wäre ein Arbeiter, sich auch unter schlechter Maskierung auf den Weg zu geben. Jedem härteren Regenfall versagt derselbe. So stehen dann zum Beispiel in den Säulern der Eichendorffstraße regelmäßig die Keller bis 40 Zentimeter hoch unter Wasser. Das dabei Vorworte, wie Kohnen, Karschstein usw., werden, ist selbstverständlich. Dieser Schaden trifft dann nur die Arbeiter Bevölkerung, denn Rentiers wohnen in dieser Gegend nicht. Es wäre doch bringend ermuntert, wenn da bald Abhilfe geschaffen würde. Der ausgiebige Regen hat auch eine so merkwürdige Vorfälle geschaffen, daß man sich schon in den Südkörb verlegt glaubt. Politisch tritt nach wieder etwas wärmerer Stimmung ein, und man hat sich an dem neuen Tag mit dem großen begrüßte Ausflug nach Lettin verbunden. Das Unwetter hat übrigens gestern nicht unerblicklichen Schaden angerichtet. Überall sah man abgedrohtene Äste und umgedrohten Räume herumliegen. So waren auf dem Weimarer Platz vier Bäume umgedroht und mehrere angelegt. Das Obst ist überall abgeschüttelt worden, auch sonst sind die Bäume an entgegengesetzten Stellen im reichlichen Maße zu besichtigen, den der heftig tobende Sturm verursacht hat.

* **Kartoffelbeide**, die von einem Polizisten in der Grottostraße überführt wurden, liegen ihre Säde im Tisch, bemerken aber aus Furcht den Beamten mit Steinen. Ermittelt konnten die Diebe nicht werden.

Bräuderer, 23. August. (E. V.) Zum Lokalampf ist mitzuteilen, daß derselbe einen immer schärferen Charakter annimmt. Die Wäpfer müssen sich den in Arbeitenden manchen Notwehr sagen lassen, wie z. B. der Wagenführer Bernhard Witt seinen Gutmütigen vor der Schenke in der Weimarer Straße. Man wird es solchen Arbeitern bei passender Gelegenheit wieder retour geben. Sonntag vor acht Tagen spielte der zehn Mann starke Familienverein die Krausekretelle bei Herrn Große. Das war ein Vergnügen, wie wir es uns nicht schöner münden konnten. Zu den zehn Mitgliedern hatten sich noch die geliebte Götter gefunden, darunter schon mancher selbst Götter und Göttergötter. Die Sozialdemokraten hatten zum ersten Mal eine so gute Besetzung zum ersten Mal, daß sie andere Besetzung hatten. Aber der Wirt wird es wohl an seinen Einnahmen gehen haben, daß die organisierten Arbeiter und die Jugend fehlen. Die Lehre von dem Vergnügen ist, daß es lieber noch Arbeiter gibt, welche ihren Kampf gegen die Herden bei jeder Gelegenheit in der Weimarer Straße. Das eine gute habe ist, daß man viele Arbeiter kennen lernte. Das alles soll aber bei unserm Lokalampf sein. Wäre nicht doch zu der Einfach kommt, sein Ziel nicht nur den Patrioten sondern auch uns zur Verfügung zu stellen. Auf keine Zeit kommen wir, was sehr zu beklagen ist, wenn nicht gebildet hat. Wir werden freilich der Worte eingeben, sein und werden auch jeden daran erinnern: „da ist nichts zu machen“, Leiber gibt es immer noch verschiedene Götterführer, die da anhalten, trotzdem noch ein Götter im Dorfe ist, wo die Herde geföhrt werden können. Wir erlauben jeden mit uns fühlenden Wäpfer, wenn sie nicht ausbleiben, daran aufmerksam zu machen, widrigenfalls wir die Hilfe der Herden bei jeder Gelegenheit einmal persönlich werden. Auch die Wäpferhaltung hilft uns indirekt unsern Kampf unterstützen, indem Sie Herrn Große die Postfiliale abgenommen hat und auch der Patrioten ist nach dem andern Götter beschunden. Herr Große wird es hieraus verstehen, was er von oben zu erwarten hat. Wir aber halten es aus, da ist nichts zu machen.

Die Lokalkommission.

Kleines Feuilleton.

Der Kampf gegen das Kolonialjubelium

Man schreibt uns aus Petersburg vom 19. August: - Wohl noch nie ist um das Jubiläum eines Mannes mit solcher fanatischen Eifer gekämpft worden, wie gegenwärtig hierzulande um das Jubiläum Tolstois. Was beiden Redensarten, sowohl wie aus der Bewegung kommen tagtäglich befehlende Nachfragen über Kundgebungen für oder wider die geplanten mannigfaltigen Jubiläumstagen. Langt hat man in beiden Lagern, in die jetzt Ausland geteilt ist, vergessen, daß Tolstoi selbst die russische Gesellschaft in unzweideutigen Worten gegen hat von jeglicher Jubiläumstagen abzuweisen. Was der große Dichter vorausgesehen und bekräftigt hat, daß der 28. August (a. St.), an dem er 80 Jahre alt wird, die Deutschen gegeneinander treiben und eine Fülle angepöbelten Jades als Tageslicht bringen könnte, scheint sich bewahrheitet zu sollen. Tolstoi ist nicht Partei, er wird aber jetzt unbedenklich zur Partei. Denn hatte es sich um vornemmen die die Verberichtigung einer großen Individualität gehandelt, so ist nunmehr die Kolonialjubeliumstagen mit einer Zustimmung aller hergeordnet, die noch einen Funken kritischen Geistes bewahrt haben oder auch nur das russische Volk in die Kulturwäpfer eingeseigt wissen wollen. Noch vor kurzem waren die kämpfenden extremen Parteien keine absoluten Freunde von grandiosen Demonstrationen für Tolstoi, den Feind jeglicher Organisation und jeglicher Kampfmethoden, die in einer Zustimmung aller hergeordnet, die Intellektuellen in Russland sind hier einig, daß hier um eine Kulturkritik ersten Ranges gekämpft wird.

Dies hat sie alle der Eifer der Reaktionäre geleistet. Denn in diesem Lager rüstet man sich, das Jubiläum mit allen Mitteln zu hinterziehen. Der Beschluß des Bremer Missionskongresses, am 28. August als Demonstration gegen Tolstoi in allen Kirchen für die Bekämpfung der arktischen Seelen retten zu lassen, hat die schwachen Geister nicht weniger erregt, als das heidnische Gebet des „heiligen“ Johanns von Kronstadt, in dem Gott angefleht wird, den Sünder Tolstoi zu sich zu nehmen. Und wie zahlreich sind jene fürstlichen Reaktionskreise, die sich auf Gebete allein nicht verlassen wollen, sondern nach unten hin die die Bekämpfung der totalen Gewalten und die Stadtwahlkreise bestimmen, ein generelles Verbot von Tolstoi, die die Feigheit

tücker des russischen Volkes befehlen, zu erlassen, bzw. städtische Kundgebungen, sei es in Schulen, sei es in irgendwelcher anderen Form, zu unterlassen. Die Gruppen des Verbandes des russischen Volkes betreiben von überall her eine fieberhafte Antijubiläumstagen, und allein Moskau hat 24 Petitionen dieser Art bereits erhalten. Noch weiter ist ein offizielles Blatt, die Charaktere Gouvernementsnachrichten, gegangen. Das schrieb dieser Tage: „Wie ein reinigendes Gewitter würde eine eventuelle Kunde kommen, daß auch die Regierung sich der Sorge und der Verantwortlichkeit für die von Gott ihr anvertrauten Seelen erinnert hat, wenn sie nämlich das heilige Russland und das russische Volk von irgendwelcher Gemeinschaft mit dem Gotteslästerer und dem Verrättern durch seine Verbannung ins Ausland befreien würde.“ Oben deutlich noch dieses „göttliche Ergegnis“ der Hinrichtung sind ihre sonstigen Vorbereitungen in verschiedenen Provinzialstädten. Denn schon beruht es, daß die Verbandsgruppen nach manchen Orten gedulde Kampfplakate oder auch ganze Truppen entsenden, um am Jubiläumstage Russland „vor der Schande der Kolonialisten zu läutern“ und „notigenfalls“ vor Gewaltanwendung nicht zurückzuführen. Scherlich dürften es aber nur leere Drohungen sein; denn die Verbänder tönnen sehr wohl, daß sie in allen solchen Fällen auf den Widerstand der Behörden rechnen dürfen.

Scherlich wird es allen diesen Kolonialjubeliumstagen nicht gelingen, das immer mächtiger anwachsende Schisma aller derer, die Tolstoi für geführe oder feilsche Anzungen zu danken haben, nach einer gewaltigen Kolonialjubeliumstagen zu hinterziehen, aber nicht wenige Kolonialisten werden die „Wichtigkeiten der Massen“ als geeigneten Vorwand benutzen, um durch Bekämpfung der Kolonialjubeliumstagen die großen Öffentlichkeit in einschneidende Zirkel zu ziehen.

Sind doch ohnehin die Behörden in der letzten Zeit gegen Tolstoi selbst maßlos erbittert. Sein Appell gegen die Todesstrafe hat in ein Wellpenset gestochen, und trotz aller Warnungen der Reservenzenur ist dieser Appell millionenfach zur Kenntnis des russischen Volkes gelangt. Allerdings hatte es die Kolonialpresse immer zu büßen: aus Moskau, Wiga, Odesa, Odessa, Petersburg, Kiew und sonstigen Orten sind schon wieder über empfindliche Strofen (im Betrage von je 500 bis 3000 Rubeln) gegen die stärksten Zeitungen. Und da sollten die Behörden einen solchen Mann feiern lassen?

Kritische Scherzschreibung. In der fünften Klasse der Kaiserlichen Oberschule hielt dieser Tage der Katechete Dreifeld Kolonialjubeliumstagen und ergänzte den Schülern folgende Gesandte: In einem Orte Götter kaufte ein Bauer ein Stück Feld und bezahlte es bar, ließ sich aber keine Quittung darüber geben. Nach einiger Zeit starb der Bauer, und es übernahm die Verwaltung ein anderer. Nun forderte der frühere Bauer seinen alten Schuld für das bezahlte Feld zurück. Der Nachfolger bestimnt wieder, daß das Feld schon bezahlt war. konnte er doch keine festen Beweise bringen, weil keine Quittung vorlag und der Bauer schon gestorben war. In seiner Hilflosigkeit fing er an zu beten und ging auch zum Grab des Verstorbenen und brachte dort die Bitte vor, der Verstorbenen würde ihm befehlen. Und siehe da, das Grab hat sich auf und der Bauer rief schon, er habe den Betrag schon bezahlt, verabschiedete sich, ging wieder zu seinem Grab zurück und war wieder tot, und der Bauer braudete nichts mehr zu zahlen! Also gelassen im Jahre 1008. Es ist klar, daß die Schüler der fünften Klasse der Oberschule über einen solchen Scherz nicht lachen würden. Darum meint der Kaiserliche Katechete, daß er nicht zum Zucken sei, weil es A f a t f a e i, und wer es nicht glaube, möge sich schriftlich erkundigen, er werde jedem die Briefe geben. - Was mögen da erst haben und ihnen ähnlichen Katecheten den Volks- und Bürgerkrieger erzählen? Angeblich solcher Kritiken „Belustigungen“ braucht man sich wirklich nicht zu wundern, denn ein solches Scherzstückchen die „Wunder-Grotte“ in Lourdes aufzuheben.

Ein ungeschwelliger Überfall auf einen Einnahmsbezirk nach Wilna: Zeitungen auf der Station Göttergrub verblüht worden. Raum vor der Zug eingelaufen, als er und das ganze Bahnhofsrestauritorium von etwa zweihundert Leuten, die mit Metelnern und Bomben versehen waren, umringt wurden. Die Kaiserliche waren so erschrocken, daß sie erstarrt auf ihren Plätzen sitzen blieben. Die Wäpfer waren so erschrocken, daß sie in dem ein Kolten mit fünfzigtausend Rubeln (Schaffergeld der Rinie) sich befand, zu bombardieren. Die Schaffner öffneten jedoch die Wäpfer nicht, worauf die Verbörder eine Bombe fallen ließen, durch die einer der übrigen getötet wurde. Nach dem Schüsse auf den Stationschef einen Anschlag verübt hatten, ließen sie die fünf Herz verlor fallen, kamen und hinterließen zwei Körbe mit Bomben. Es rissen vier Sprengkammer an sich und luden in den Wald mit solcher Geschwindigkeit davon. Nach einer außerordentlichen Gehwindigkeit wurden acht von ihnen noch erwischt. Die Abperrung der Station und des Juges durch die Wäpfer hatte etwa fünf Minuten gedauert.

Wetter
Jannung
linburg
Wigle
waren
nen.
berens
nung b
die Ver
lung fe
jedese
geben
wistit
Gen.
war,
lassen
des Ge
kommen
Rum
Grif na
selben
die Wes
Raab d
aus be
fügen.
Am
stark E
wachdun
to d
Verfich
gen
Antnom
Tommen

Gr
6
Dabei
legt, w
Genoss
Wittan
nennen
müssen
Name
kraten,
braucht
ten aus
Voyot
beutung
Die
nach de
unseres
Gefüh
erkalten
tekt, d
13 000
erhält
Häuser
manche
Wohnu
legung
n 4
das w

Der P
3
meist
recht
I. lie
Trob
die
Ge
Ganz
Unter
dessen
blatt
Som
hat
den
Sozial
Witte
erklär
etwas
als
hier
den
e
müsse
Verhö
lich in
den
Glich
hier
tes u
über
recht
Lo
zu n
ein
des
die e
noch
nicht
höft
büßt
gen
selbe
rest
den
Dan
Wid
dies
Wag
10
auf
Der
Der
erzo
ber
net
Lof
H
[f
mit
sch
ten
im
sch
lan

